



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend,
Familie und Integration

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/19524

**Bilanz über die Veranstaltungen der Staatsregie-
rung in Prag zum Thema "Flucht und Vertreibung"**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, den zuständigen Ausschüssen über die Aktivitäten der bayerischen Repräsentanz in Prag mündlich und schriftlich zu berichten, insbesondere inwieweit dem Beschluss des Landtags über ein „Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag“ (Drs. 17/5451) vom 26.02.2015 in den letzten rund drei Jahren Rechnung getragen wurde.

Der Bericht soll dabei insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

- Welche thematischen Schwerpunkte wurden bei den Aktivitäten gesetzt und welche Überlegungen standen hinter der getroffenen Auswahl?
- Welche Akteure der deutschen und tschechischen Zivilgesellschaft wurden bei den Aktivitäten eingebunden?
- Inwieweit wurden im Rahmen der einzelnen abgehaltenen Aktivitäten die „Interessen der bayerischen bzw. deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachfahren“ berücksichtigt und inwiefern fand dabei konkret das Thema „Flucht und Vertreibung“ Eingang?
- Welche Reichweiten konnten die Aktivitäten in der Tschechischen Republik erzielen?
- Welche Aktivitäten sind für das Jahr 2018 geplant?“

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 1. März 2018 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 20. März 2018 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Joachim Unterländer
Vorsitzender